

## **Sozialjahr: Nicht nur freiwillig?**

**(16.05.2023) Höhere finanzielle Unterstützung und Klimaticket für Teilnehmende am Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) finden in der Bevölkerung großen Anklang. Ein verpflichtendes Sozialjahr für Wehrdienstuntaugliche und Asylwerber:innen wird ebenfalls von vielen befürwortet. Keine Mehrheit gibt es dafür, dass auch Frauen zum Sozialdienst verpflichtet werden.**

Die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung begrüßt eine Verbesserung von finanziellen Bedingungen für junge Menschen, die am Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) teilnehmen.

Laut einer Umfrage des Österreichischen Gallup-Instituts\* sind 79% der Befragten der Meinung, dass FSJ-Teilnehmende für ihre Leistung besser bezahlt werden sollten. Zudem unterstützen 81% die Idee, ihnen das Klimaticket gratis zur Verfügung zu stellen. Etwas geringere Zustimmung gibt es dafür, dass auch jene, die ein freiwilliges Umweltjahr (FUJ) absolvieren, alle öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos nutzen können (74%). Die Notwendigkeit einer finanziellen Aufwertung des Freiwilligen Sozialen Jahres sehen die Anhänger:innen aller parlamentarischen Parteien gegeben, am häufigsten jedoch jene der SPÖ und der Grünen. Die Akzeptanz dafür ist unter Frauen und Personen bis 50 Jahre etwas höher als bei über 50-Jährigen und Männern.

*„Die Corona-Krise hat gezeigt, dass das freiwillige Engagement für das Funktionieren der Gesellschaft unverzichtbar ist. Das gilt insbesondere für den Bereich Gesundheit und Pflege. Es wurde erkannt, dass Freiwillige eine sehr anspruchsvolle Arbeit verrichten und mehr Wertschätzung verdienen. Die geringere Zustimmung zum Klimaticket für das Umweltjahr lässt sich damit erklären, dass das Klimathema im Moment weniger im Fokus steht. Zum Teil spielt auch der Klimaaktivismus dabei eine Rolle“,* meint die Leiterin des Österreichischen Gallup-Instituts, Andrea Fronaschütz, zu den Ergebnissen der Umfrage.

Gesundheit und Pflege (72%) zählen neben Teuerung (75%) und leistbarem Wohnraum (71%) für die Bevölkerung im Moment zu den größten gesellschaftlichen Herausforderungen des Landes. Klima- und Umweltschutz halten dagegen deutlich weniger Österreicher:innen für ein Thema mit dringendem Handlungsbedarf (39%). Mit steigendem Alter wächst die Sorge um die Wirtschaft und Gesundheit, während Klima hauptsächlich ein Anliegen der Jungen bis 30 Jahre ist (50%).

### **Verpflichtendes Sozialjahr für untaugliche Stellungspflichtige und Asylwerber:innen**

Soziales Engagement soll aus Sicht der Bevölkerung nicht nur auf freiwilliger Basis erfolgen. 72% der Befragten sind für ein verpflichtendes Sozialjahr für Stellungspflichtige, die als untauglich für den Militärdienst eingestuft werden. Genauso viele sprechen sich für ein verpflichtendes Sozialjahr für Asylwerber:innen aus, bei denen die Aussicht auf einen positiven Bescheid besteht. Diese Meinung wird unabhängig von der politischen Orientierung geteilt, wobei Grün-Sympathisant:innen am wenigsten davon halten (Wehrdienstuntaugliche: 64%, Asylbewerber:innen: 56%). Mit dem Alter steigt die Überzeugung, dass Wehrdienstuntaugliche und Asylwerber:innen zum Sozialdienst verpflichtet werden sollten.

Wenn es um ein verpflichtendes Sozialjahr für Frauen geht, äußern sich 40% der Bevölkerung dafür, 51% dagegen, 9% sind unentschieden. Männer (48%) können sich das eher vorstellen als Frauen (33%). Der Anteil jener, die sich kein soziales Jahr für Frauen wünschen, ist in allen Altersgruppen größer als der Anteil der Befürworter. In Abhängigkeit von der politischen Orientierung sprechen sich nur die NEOS-Anhänger mehrheitlich für einen verpflichtenden Sozialdienst für Frauen aus.

*„Das Interesse der Bevölkerung an einem verpflichtenden Sozialjahr signalisiert, dass in vielen Bereichen der Gesellschaft, wie zum Beispiel im Gesundheits- und Sozialwesen sowie in der Arbeitsmarkt- und Asylpolitik, Mängel bestehen. Gleichzeitig wünscht man sich eine faire Verteilung des Gemeinwohlbeitrags. Ein Sozialjahr für Frauen wird weitgehend als ungerecht empfunden, da sie bereits vielen Belastungen ausgesetzt sind. Es stellt sich jedoch die Frage, ob ein Pflichtdienst die adäquate Antwort auf die gesellschaftlichen Herausforderungen darstellt. Abgesehen von der Diskussion um Freiheitseinschränkungen wird die soziale Arbeit „unter Zwang“ nicht mit dem gleichen Idealismus und der gleichen Hingabe ausgeübt wie das Ehrenamt. Das neue Maßnahmenpaket des Bundes zur Stärkung der Freiwilligenarbeit ist daher die bessere Alternative“, meint Fronaschütz abschließend.*

Rückfragehinweis:  
Andrea Fronaschütz  
a.fronaschuetz@gallup.at  
Tel. +431 470 47 24 - 13

Das Österreichische Gallup-Institut  
Lobkowitzplatz 1  
1010 Wien

Für Rückfragen und Interviews außerhalb der Bürozeiten: + 43 699 10151859

Foto: Andrea Fronaschütz, frei zum honorarfreien Abdruck, [www.beahasler.at](http://www.beahasler.at)

\* Gallup-Stimmungsbarometer: Eigenstudie des Österreichischen Gallup-Instituts, 1000 Personen repräsentativ für die (webaktive) österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren  
Methode: „Computer Assisted Web Interviewing“ im Gallup-Onlinepanel, durchgeführt zwischen 18. und 20. April 2023 (vor dem Freiwilligengipfel)